

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Fernsprecher Nr. 342.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle in Schwedt, Brückenstraße 3, 1,25 M. für den Monat, 35 Pf. für die Woche; bei Lieferung durch unsere Boten in Schwedt frei ins Haus 1,43 M. für den Monat. Für Postbezug das übliche Bestelgeb. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Schwedt.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden mit 20 Pf. für die einspaltige Zeile berechnet. Die Reklameweile kostet 60 Pf. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen sowie für telephonisch aufgegebene oder undeutlich geschriebene Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Bei zwangsweiser Eintreibung kein Rabatt. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden am Vortage erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 238

Mittwoch, den 11. Oktober 1933

40. Jahrgang

Vorbereitungen für Genf

Parole: Aufrüstung.

Wachsende Gefährdung der Sicherheit Deutschlands.

Wir haben hier wiederholt auf den „Aufschwung“ der ausländischen Rüstungsindustrie, auf dieieberhafte Tätigkeit ausländischer Rüstungsfabriken und auf die Großaufträge der Militärstaaten an die Rüstungsindustrien hingewiesen. Nachstehend zwei neue Meldungen aus London, die wieder einmal die passende Begleitmusik zur „Abrüstungs“-Konferenz liefern: Die Aktien für den englischen Rüstungsfirmen haben in den letzten Tagen stark angezogen. Die Steigerung ist in erster Linie auf die Annahme zurückzuführen, daß die englische Regierung in kurzem ein neues Flottenbauprogramm und ein neues Bauprogramm für die Luftstreitkräfte

aufnehmen werde. Die Aktien der de Havilland-Flugzeugfirma sind z. B. in den letzten Tagen um vier Schilling gestiegen, die der Fairchild-Flugzeugfirma um zwei Schilling und Hawker-Aktien um über zwei Schilling. Ein ähnliches Anziehen ist bei den Aktien der Vickers Rüstungsfirmen und anderer Rüstungsfirmen zu verzeichnen.

Ein neues, schwer bewaffnetes Riesenschiffboot für die englischen Luftstreitkräfte wurde in Anwesenheit von Beamten des englischen Luftfahrtministeriums und ausländischer Marineattachés getauft. Die „Berth“ besitzt drei Motoren von je 930 Pferdestärken, hat eine Reichweite von 1500 Seemeilen und eine Stunden-geschwindigkeit von 132 Meilen.

Die Ausrüstung besteht aus einer im Bug angebrachten Schnellfeuerkanone von 3,75 Zentimeter Kaliber, die in der Minute 100 Granaten abfeuern kann, drei Maschinengewehre und einer Bombenladung von 2000 Pfund Gewicht.

Die Besatzung ist fünf Köpfe stark. Der Namens-taufe folgte eine Vorführung der Schnellfeuerkanone, mit der auf eine ein Unterseeboot darstellende Zielscheibe geschossen wurde.

Die Folge einer Hehlüge.

Schweizerische Aufrüstung gegen „deutschen Durchmarsch“. Der Schweizerische Nationalrat bewilligte einen Kredit von 20 Millionen Franken. 15 Millionen Franken sind zur Erweiterung der militärischen Materialreserven bestimmt. Bei der Aussprache wies das liberale Mitglied de Muralt (Basel) auf die jüngsten Pressemeldungen hin, daß „der deutsche Generalstab einen

Durchmarsch durch den Schweizer Jura“ plane, um im Kriegsfall schnell nach Frankreich vorzudringen zu können.

Bundesrat Minger, der Chef des Militärdepartements, erklärte, die Meldungen entbehren nicht einer „gewissen Sensation“. Es sei „selbstverständlich klar“, daß die Nachbarn der Schweiz ihre Lage und die Verhältnisse des Landes bei ihren Aufmarschplänen mit in Berechnung zögen. Die Öffentlichkeit möge „die Ruhe bewahren gegenüber solchen Meldungen, die „nichts besonders Neues“ besagen. Der Bundesrat werde demnächst dem Parlament noch eine weitere Vorlage zur Beschaffung von Kriegsmaterial in Höhe von 85 Millionen vorlegen, so daß insgesamt Neuanschaffungen von über 100 Millionen Franken erfolgen.

Zu der Verdächtigung Deutschlands wird von amtlicher deutscher Seite mitgeteilt: Am 29. September ist bereits eine Veröffentlichung des unter dem Pseudonym „Augur“ seit Jahren in der Londoner Presse in deutsch-feindlichem Sinne schreibenden Russen Kollaloff über einen angeblichen deutschen Einmarschplan durch die Schweiz nach Frankreich demontiert worden. Dieses Dementi verhindert Herrn Kollaloff nicht, seine „Ent-hüllungen“ erneut in belgischen und französischen Blättern zu wiederholen. Der Gedanke, daß abgerüstete Deutschland, das der primitivsten militärischen Sicherheitsmittel entbehrt, denke an eine Offensive gegen das schwerbewaffnete Frankreich, ist so abwegig, daß ein Dementi eigentlich überflüssig ist. Angesichts der wiederholten Behauptungen Kollaloffs über einen deutschen Einmarschplan durch die Schweiz nach Frankreich wird jedoch ausdrücklich festgestellt, daß sie jeder Grundlage entbehren.

„Europa, erwache!“

Italienischer Mahnruf an die Völker Europas.

Der Direktor der „Tribuna“ und Mitglied des Großen Sachverständigen Rates, Forges Davanzati, schreibt unter dem Titel „Europa, erwache!“ einen Artikel, der im Grunde nur eine Beschreibung Deutschlands darstellt. Man dürfe Gegenwart und Zukunft Europas nicht an die Ausstattung mit schweren Kanonen, Panzern und Jagdgeschwadern knüpfen. Die wahre und größere Gleichberechtigung Deutschlands sei die, daß das antimarxistische und antiplatonische Dritte Reich berufen werde, gemeinsam mit den europäischen Großmächten zu handeln. Die Abrüstung sei zweifellos die Tatsache, auf die sich eine Versöhnungspolitik zu stützen habe. Aber es sei auch wahr, daß Absicht und Verwirklichung einer persönlichen Politik im Sinne des Viererpaktes die unerläßliche Voraussetzung jeder Rüstungsverminderung darstelle. Europa habe eine tiefe Prüfung seines Gewissens nötig. Wenn man den furchtbaren Geburtenrückgang der europäischen Kulturstaaten und auch in den Vereinigten Staaten betrachte, und gleichzeitig lese, daß Japan mit einem immer noch unerhörten Geburtenkoeffizienten einen jährlichen Zuwachs von über einer Million verzeichne, so komme man zur Überlegung, ob es nicht eine der tragischen Seiten der abendländischen Kurzsichtigkeit sei, zu glauben, Rang und Kraft der Staaten könnten in Gegenwart und Zukunft unwiderrüflich bestimmt werden nur durch eine Differenz in der Bewaffnung mit schwerer Artillerie oder Tanks oder Bombenflugzeugen.

Gegen Aufrüstung Deutschlands.

Ergebnis des französischen Ministerrats.

Die französischen Minister sind zu einem Kabinettsrat zusammengesessen, der in der Hauptsache durch den Bericht des Ministerpräsidenten Daladier über den Stand der Genfer Verhandlungen ausgefüllt war. Daladier wiederholte seinen Ministerkollegen die Anweisungen, die er dem französischen Außenminister erteilt hat und die darauf hingingen, daß er sich genau an die Abmachungen halten soll, die in Paris zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs und Amerikas getroffen worden seien. In der amtlichen Verlautbarung wird darauf hingewiesen, daß die Minister den Ausführungen Daladiers rückhaltlos zugestimmt hätten. — In politischen Kreisen betont man ergänzend, daß das Ziel Frankreichs jetzt die „Gleichberechtigung in der Sicherheit“ sei. Daladier habe während der Beratungen darauf hingewiesen, daß das angebliche deutsche Mandöver, das darauf hinausliefe, die französisch-amerikanisch-englische Einheitsfront aufzulockern, gescheitert sei. London sehe ebenso wie Paris jeder Aufrüstung Deutschlands ablehnend gegenüber.

Unterredung v. Hoersch-Simon.

Der deutsche Botschafter in London, von Hoersch, stattete dem englischen Außenminister Simon einen Besuch ab. Der Besuch fand auf persönliche Anregung von Sir John Simon statt. Er unterrichtete ihn davon, daß die englische Regierung die deutschen Bemerkungen zur Abrüstungsfrage erwogen habe. Es schloß sich an diese Mitteilung eine Unterredung über die jetzt zur Erörterung stehenden Abrüstungsfragen an. Die Aussichten, Frankreich schon zu einleitenden Abrüstungsmaßnahmen während der Übergangszeit als einer Bezeugung des guten Willens überreden zu können, sind nach englischer Auffassung ziemlich hoffnungslos. Mit großer Halsstarrigkeit wird indessen an der Auffassung festgehalten, daß eine Wiederaufrüstung Deutschlands in der Form, daß man ihm Musterwaffen zugeschießen sollte, nicht gangbar sei. Man legt Deutschland nahe, jetzt noch einmal die Lage zu retten, indem seine verantwortlichen Führer einen praktischen Beweis für die deutsche Friedensliebe geben und diese Forderung zurückstellen sollen (!).

Einigung in der Flüchtlingsfrage in Genf.

Der Völkerbund spendiert 25 000 Franken.

Nach einem im 2. Ausschuss in Genf angenommenen Kompromißvorschlag zur deutschen Flüchtlingsfrage soll der ursprüngliche holländische Gedanke in der Form verwirklicht werden, daß der Völkerbundrat einen

Kommissar für die deutschen Flüchtlinge ernannt und gleichzeitig die interessierten Regierungen

und privaten Verbände auffordert, ihrerseits Vertreter in einen hierfür geschaffenen Verwaltungsrat zu entsenden. Der Völkerbundkommissar und der Verwaltungsrat sollen autonome, vom Völkerbundrat unabhängige Organe sein. Die Kosten der Arbeiten sollen durch private Spenden gedeckt werden. Um jedoch die Arbeiten unverzüglich beginnen zu können, soll der Völkerbund einen Vorschuß von 25 000 Franken leisten.

Bei der Abstimmung über die Entschlieung, die nun an den Völkerbund geht, enthält sich der Vertreter Deutschlands der Stimme.

Minderheitenentschließung angenommen.

Deutschland lehnt wesentlichen Teil ab.

Der Politische Ausschuss der Völkerbunderversammlung hat die große Aussprache über die Minderheiten- und Judenfrage abgeschlossen. Entsprechend dem Vorschlag des Unterausschusses wurde die französische Entschlieung angenommen. Die deutsche Abordnung stimmte dem ersten und dritten Teil zu, lehnte aber den entscheidenden, allein gegen Deutschland gerichteten Teil ab. Im ersten Teil heißt es u. a.:

Die Vollversammlung des Völkerbundes übernimmt die grundsätzlichen Empfehlungen zum Minderheitenschutz und spricht die Hoffnung aus, daß die gegenüber dem Völkerbund durch keinerlei zusätzliche Verpflichtungen auf dem Minderheitengebiet gebundenen Staaten dennoch gegenüber ihren Minderheiten der Rasse, der Religion und der Sprache den gleichen Grad von Gerechtigkeit und Dußung anwenden, der in den Minderheitenschutzverträgen und in der gesamten Haltung des Völkerbundes gefordert wird.

Im zweiten Teil heißt es: Die Völkerbunderversammlung ist der Ansicht, daß sich der im ersten Teil zum Ausdruck gebrachte Grundsatz ausnahmslos auf sämtliche Kategorien von Staatsangehörigen zu beziehen hat, die sich von der Mehrheit der Bevölkerung durch Rasse, Sprache oder Religion unterscheiden.

In der Schlussberatung gab der deutsche Vertreter, Gesandter von Keller, eine Erklärung ab, in der er ausführte: Die deutsche Abordnung ist der Ansicht, daß der Anwendungsbereich der Entschlieung sich auf die eigentlichen Minderheiten zu beschränken hat. Aus den einschlägigen Verhandlungen im Politischen Ausschuss und in seinem Unterausschuss hat sich aber ergeben, daß mit der Entschlieung in der Hauptsache bezweckt wird, die Behandlung der Juden in Deutschland in den Anwendungsbereich der ersten Entschlieung einzubeziehen. Dieses widerspricht der grundsätzlichen Auffassung der deutschen Abordnung. Die Frage fällt in den Bereich der inneren Gesetzgebung Deutschlands. In der Schlussausprache wird die deutsche Abordnung gleichfalls den zweiten Teil der vom Ausschuss angenommenen Entschlieung ablehnen. Sämtliche übrigen Mächte haben der Entschlieung zugestimmt.

Kurze politische Nachrichten.

Eisenbahnzug bei Mufden überfallen.

Mufden. Ein Eisenbahnzug ist bei Mufden von chinesischen Banditen angegriffen und ausgeplündert worden. Acht Personen fanden den Tod, 14 wurden entführt. Japanische Truppen nahmen die Verfolgung auf.

Napoleons Orden im Berliner Zeughaus.

Berlin. Die Orden Napoleons I., die nach der Schlacht von Waterloo in preussische Hände fielen und im Zeughaus aufbewahrt wurden, wurden im Jahre 1919 von vaterländisch gesinnten Offizieren und Studenten aus dem Zeughaus entführt, um ihre Auslieferung an Frankreich zu verhindern. Die Orden waren seitdem spurlos verschwunden. Jetzt hat ein Unbekannter die Orden dem preussischen Ministerpräsidenten Göring zugesandt und dieser hat sie wieder dem Zeughaus überwiesen.

Verbot ausländischer Zeitungen.

Berlin. Bis zum 20. Oktober einschließlich sind die in Paris erscheinende „La Volonté“ und die in London erscheinende Wochenzeitung „The Observer“ für die Verbreitung in Deutschland verboten worden.

Göring beglückwünscht Herzog Adolf Friedrich.

Berlin. Der preussische Ministerpräsident Göring hat an den Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg aus Anlaß seines 60. Geburtstages ein herzliches Glückwunschsreiben gerichtet.

Banditen überfallen Mitglied der NS-Frauenchaft.

Freudenstadt (Schwarzwald). Die der NS-Frauenchaft angehörende Gattin des Chefarztes des Bezirkskrankenhauses in Freudenstadt, Bubenhofer, wurde auf dem Nachhauseweg von zwei Männern überfallen und schwer mißhandelt. Sie hatte die Männer, die sich über den Reichsanwalt und die Reichsregierung in Schimpfreden ergingen, zur Rede gestellt und ihnen lebhaft widersprochen. Die Frau wurde von Vorübergehenden benutzlos aufgefunden und mit einer schweren Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert. Die Täter sind entkommen.

„Wer bewirkt, daß dort, wo vorher ein Nalm wuchs, nunmehr deren zwei wachsen, der leistet mehr für sein Volk als ein Feldherr, der eine große Schlacht gewinnt.“ Friedrich der Große.